SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 21/20 • 09.07.2020

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die EU-Kommission will Europa zu einem Vorreiter beim Einsatz von Wasserstoff als Energieträger machen. Hierfür legte die Kommission gestern eine Wasserstoffstrategie und eine Strategie zur besseren Integration der Energiesysteme vor.
Die Priorität soll auf grünem Wasserstoff liegen, der mit Hilfe von Solar- oder Windenergie erzeugt wird.
In einer Übergangszeit sollen aber auch andere Herstellungsformen mit fossilen Energieträgern gefördert werden.
Durch das Vorhaben sollen keine zusätzlichen Treibhausgase mehr in die Atmosphäre gelangen, um eine Überhitzung der Erde aufzuhalten.
Klimafreundlicher Wasserstoff soll also mit Hilfe von EU-Geldern wettbewerbsfähig werden und die Energiewende in Europa voranbringen, denn bei der Nutzung von Wasserstoff entstehen keine Treibhausgase. Die Wasserstoff-Strategie soll Investitionen voranbringen und dafür öffentliche und private Gelder mobilisieren.

Beide Strategien seien wichtig, um das Ziel eines klimaneutralen Europas bis zum Jahr 2050 zu erreichen, erklärte Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans. Die neue Wasserstoff-Wirtschaft könne ein Wachstumsmotor werden, um die wirtschaftlichen Schäden durch COVID-19 zu überwinden.

Mehr zum Thema finden Sie auf S.11.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 2

Aus den Institutionen 4

- Angela Merkel präsentiert Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament
- Kommission genehmigt deutschen Wirtschaftsstabilisierungsfonds für Unternehmen, die von der Coronavirus-Pandemie betroffen sind
- Münchner Technologiefirma NavVis erhält Darlehen von 20 Millionen Euro aus dem Europäischen Investitionsfonds
- EU-Kommission unterstützt den Weinsektor
- EU-Warnsystem: Spielzeug und Pkw führen die Liste entdeckter gefährlicher Produkte an
- Kommission und EIB stellen CureVac Finanzmittel von 75 Mio. zur Verfügung
- Investitionsoffensive für Europa geht noch vor offiziellem Abschluss über angestrebte Marke von 500 Mrd. EUR hinaus
- Ausschuss der Regionen – 139. Plenartagung vom 30. Juni bis 2. Juli

Aus den Fachbereichen 11

- Grüner Deal: EU-Kommission legt Strategien zur Integration des Energiesystems und zu Wasserstoff vor
- Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Noch tiefere und uneinheitlichere Rezession
- Binnenmarktanzeiger 2020: Deutschland auf Platz drei bei anhängigen
- Neue Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste
- Vertragsverletzungsverfahren

Was, wann, wo 15

- Kulturprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft
- Neues Europass-Portal: Mehr Funktionen und neuer Look
- Konsultation: Kommission befragt die Öffentlichkeit zu EU-Regeln zur Cybersicherheit und startet „Women4Cyber“

Ausschreibungen 18

- „Get out“ - Jetzt Kurzfilme zum 26. Jugendvideopreis Sachsen-Anhalt einreichen.
- Der Offene Kanal Magdeburg e.V. sucht insgesamt 15 filminteressierte junge Menschen aus Magdeburg und Sachsen-Anhalt mit und ohne deutschen Pass
- Kommission investiert 1 Mrd. EUR in innovative Projekte für saubere Technologien

Kontaktbörse 21

- Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche

Büro intern / Tipp 23

- Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle

Ihr Kontakt zu uns 25

Impressum 26

Aus den Institutionen

Zurück zur Übersicht

Angela Merkel präsentiert Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament

Die Abgeordneten diskutierten mit Bundeskanzlerin Merkel und Kommissionspräsidentin von der Leyen über Strategie und Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft in den nächsten sechs Monaten.

© EUEP/DLL-LDI-JBR

Unter dem Motto "Gemeinsam. Europa wieder stark machen." sei die deutsche Ratspräsidentschaft entschlossen, die große Herausforderung der Pandemie anzugehen, sagte Merkel. Sie hob fünf Bereiche hervor, an denen Europa arbeiten müsse, wenn es geeint und gestärkt aus der aktuellen Krise hervorgehen wolle: Grundrechte, Zusammenhalt, Klimaschutz, Digitalisierung und Europas Verantwortung in der Welt. „Deutschland ist bereit zur außergewöhnlichen Solidarität", unterstrich Merkel, um ein grünes, innovatives, nachhaltiges, digitaleres und wettbewerbsfähigeres Europa aufzubauen. „Europa ist zu Großem fähig, wenn wir einander beistehen und zusammenhalten", schloss sie. . • *fs Quelle: PM EP*

Sehen Sie hier die vollständige Rede von Bundeskanzlerin Merkel.

Kommission genehmigt deutschen Wirtschaftsstabilisierungsfonds für Unternehmen, die von der Coronavirus-Pandemie betroffen sind

Die Europäische Kommission hat am 8. Juli die Pläne Deutschlands genehmigt, einen Fonds mit einer Mittelausstattung von bis zu 500 Mrd. EUR einzurichten, über den Garantien gewährt und mittels Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten Investitionen in von der Coronavirus-Pandemie betroffene Unternehmen getätigt werden sollen. Die

Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen.

Die vorgesehene Unterstützung erfolgt über i) Garantien (die 400 Mrd. EUR des Gesamtbetrags mobilisieren sollen), ii) subventionierte Fremdkapitalinstrumente in Form nachrangiger Darlehen sowie iii) Rekapitalisierungsinstrumente (im Gesamtumfang von bis zu 100 Mrd. EUR), insbesondere Eigenkapitalinstrumente (Erwerb neu ausgegebener Stamm- bzw. Vorzugsaktien oder anderer Beteiligungen) und hybride Kapitalinstrumente (Wandelanleihen und stille Beteiligungen).

Die Kommission hat festgestellt, dass die von Deutschland angemeldete Regelung die im Befristeten Rahmen vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.
Schließlich kommen nur Unternehmen, bei denen es sich am 31. Dezember 2019 noch nicht um Unternehmen in Schwierigkeiten handelte, für eine Beihilfe im Rahmen der Regelung in Betracht.

Zusätzlich zu den von der Kommission genehmigten Betrag von 500 Mrd. EUR darf der Fonds bis zu 100 Mrd. EUR für die Refinanzierung staatlicher Beihilfemaßnahmen mobilisieren, die bereits bei der Kommission angemeldet und von ihr genehmigt wurden, sodass sich das Gesamtbudget des Wirtschaftsstabilisierungsfonds auf 600 Mrd. EUR erhöht. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie hier.

Münchner Technologiefirma NavVis erhält Darlehen von 20 Millionen Euro aus dem Europäischen Investitionsfonds

NavVis GmbH, ein weltweit führender Anbieter von digitaler Innenraum-Navigation mit Sitz in München, erhält ein Darlehen von 20 Mio. Euro von der Europäischen Investitionsbank (EIB). NavVis bietet die weltweit größte Datenplattform für den Einsatz räumlicher Intelligenz im Innenbereich. Die Finanzierung erfolgt über die Investitionsoffensive für Europa.
Das Darlehen der Bank der EU wird durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), das Kernstück der Investitionsoffensive für Europa, abgesichert. Bei dieser Initiative arbeiten die EIB und die Europäische Kommission als strategische Partner zusammen. Mit ihren Finanzierungen trägt die EIB dazu bei, die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie hier.

EU-Kommission unterstützt den Weinsektor

Mit Blick auf die Auswirkungen der Coronavirus-Krise und auf den Weinsektor hat die Europäische Kommission am 7. Juli ein zusätzliches Paket zur Stützung des Sektors angenommen. Er gehört aufgrund der raschen Veränderungen bei der Nachfrage und der Schließung von Restaurants und Bars in der gesamten EU zu den am stärksten betroffenen Sektoren der Agrar- und Ernährungswirtschaft.
Die Sondermaßnahmen umfassen unter anderem

- Befristete Abweichung von den Wettbewerbsregeln der Europäischen Union: Die Kommission hat eine Ausnahme nun für den Weinsektor genehmigt, wodurch sich Marktteilnehmer für einen Zeitraum von maximal 6 Monaten selbst organisieren und Marktmaßnahmen zur Stabilisierung des jeweiligen Sektors auf ihrer Ebene durchführen können, sofern das Funktionieren des Binnenmarktes gewährleistet bleibt.
- Aufstockung des Unionsbeitrags: Der Beitrag der Europäischen Union zu allen Maßnahmen der nationalen Stützungsprogramme wird um 10 Prozent auf 70 Prozent aufgestockt.
- Vorschüsse für die Destillation und die Lagerung im Krisenfall: Die Kommission wird es den Mitgliedstaaten gestatten, Vorschüsse an Marktteilnehmer für die laufende Destillation und Lagerung im Krisenfall zu gewähren.

Neben diesen Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor wird auch im Obst- und Gemüsesektor der Unionsbeitrag für von Erzeugerorganisationen verwaltete Programme von 50 Prozent auf 70 Prozent aufgestockt. Dadurch können die Erzeugerorganisationen ihre Programme flexibler durchführen. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung der Kommission
Unterstützung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Coronavirus-Krise
Coronavirus – Krisenreaktion der EU
Marktmaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
Wein in der EU
Obst und Gemüse

EU-Warnsystem: Spielzeug und Pkw führen die Liste entdeckter gefährlicher Produkte an

Die Europäische Kommission hat am 7. Juli ihren jüngsten Bericht über das sogenannte „Schnellwarnsystem“ veröffentlicht, mit dem die Kommission den Verkauf gefährlicher Produkte auf dem Markt verhindern bzw. einschränken will. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Zahl der aufgrund einer Warnmeldung ergriffenen behördlichen Maßnahmen von Jahr zu Jahr zunimmt. So lag die Zahl der im Jahr 2019 getätigten Warnmeldungen bei 4477 gegenüber 4050 Warnmeldungen im Jahr 2018.
Im Jahr 2019 tauschten Behörden aus 31 am Schnellwarnsystem teilnehmenden Ländern (EU-Mitgliedstaaten sowie das Vereinigte Königreich, Norwegen, Island und Liechtenstein) über das System 2243 Warnmeldungen zu gefährlichen Produkten aus, was zu 4477 Folgemaßnahmen führte. Dies entspricht einem Anstieg um 10 % gegenüber dem Vorjahr und um 63 % seit 2015. Die ergriffenen Maßnahmen reichen von der Rücknahme oder Vernichtung von Produkten durch Händler und Einzelhändler, noch bevor sie überhaupt die Verbraucher erreichen, bis hin zum Rückruf unsicherer Produkte.

Dem veröffentlichten Bericht zufolge war Spielzeug die Produktkategorie mit den meisten Warnmeldungen (29 % aller Meldungen), gefolgt von Kraftfahrzeugen (23 %) und Elektrogeräten und -zubehör (8 %). Kosmetika, Bekleidung, Textilien und Modeartikel sowie Babyartikel und Bedarf für Kinder wiesen ebenfalls eine hohe Zahl von Warnmeldungen auf. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung der Kommission
Jahresbericht und Factsheet mit nationalen Statistiken zum „Safety Gate“
Auflistung von Warnmeldungen im Schnellwarnsystem

Kommission und EIB stellen CureVac Finanzmittel von 75 Mio. zur Verfügung

© Europäische Kommission

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und CureVac, ein biopharmazeutisches Unternehmen und Pionier in der präklinischen und klinischen Entwicklung mRNA-basierter Arzneimittel, haben eine Vereinbarung über ein Darlehen in Höhe von 75 Mio. EUR geschlossen.

Damit werden die laufenden Aktivitäten des Unternehmens zur Entwicklung von Impfstoffen gegen Infektionskrankheiten gefördert, die auch den neuartigen Impfstoffkandidaten zur Prävention von SARS-CoV-2-Infektionen umfassen. Darüber hinaus wird das Unternehmen durch das Darlehen in seinen Bemühungen unterstützt, seine bestehenden Good Manufacturing Practice (GMP) zertifizierten Produktionskapazitäten auszubauen und die Fertigstellung seiner vierten Produktionsstätte in Tübingen (Deutschland) zu beschleunigen. Die EIB-Finanzierung wird in drei Tranchen von je 25 Mio. EUR jeweils nach Erreichen der vorab festgelegten Etappenziele bereitgestellt. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie hier.

Investitionsoffensive für Europa geht noch vor offiziellem Abschluss über angestrebte Marke von 500 Mrd. EUR hinaus

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben am 2. Juli ihre Zusage eingelöst und im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa Investitionen im Umfang von 500 Mrd. EUR mobilisiert. Rund 1400 Vorhaben wurden im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) genehmigt, wobei auf eine Haushaltsgarantie der Europäischen Union und auf Eigenmittel der EIB-Gruppe zurückgegriffen werden konnte. Dies wird voraussichtlich zusätzliche Investitionen in Höhe von fast 514 Mrd. EUR nach sich ziehen und rund 1,4 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen. Als sich Rat und Parlament 2017 auf eine Ausweitung von Einsatzbereich und Umfang des EFSI einigten, bestand das Ziel darin, bis Ende 2020 500 Mrd. EUR zu mobilisieren. Diese Mittel sollten zur Schließung der Investitionslücke beitragen, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/8 entstanden war.
Der Schwerpunkt des EFSI hat sich in den vergangenen Jahren und insbesondere seit dem COVID-19-Ausbruch allerdings verlagert: er wurde zum Vorbild für InvestEU, das neue Investitionsprogramm der Kommission für 2021-2027, und leistet schon jetzt einen Beitrag zur Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise. Auch wird der EFSI bei NextGenerationEU, dem Maßnahmenpaket zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nach dem Coronavirus-Schock, eine zentrale Rolle spielen. Dies wird durch eine Aufstockung für das Solvenzhilfeinstrument erreicht, das Insolvenzen bei europäischen Unternehmen verhindern helfen soll. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie hier.

Ausschuss der Regionen – 139. Plenartagung vom 30. Juni bis 2. Juli

Vom 30. Juni bis 2. Juli fand die 139. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel und per Videokonferenz statt. Sachsen-Anhalt wurde von Herrn Staatssekretär Dr. Michael Schneider vertreten.

Die Sitzung begann mit einer Debatte zum Krisenmanagement in Zeiten der COVID-19-Pandemie und zum Wiederaufbauplan mit Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarcic. Auch wenn die EU-Kommission einige Erfolge bei der Unterstützung von Rückführungen von 87.000 EU-Bürgern in der Krisenbewältigung erzielt habe, sei deutlich geworden, dass europaweite Problemlagen wie Pandemien die gegenseitigen Unterstützungskapazitäten der EU-Mitgliedstaaten schrumpfen lassen. Dies unterstreiche den Bedarf für zusätzliche Maßnahmen auf EU-Ebene. Vorgesehen sei daher aktuell u. a. die Umsetzung eines ambitionierten Wiederaufbauplans parallel zum ambitionierten Vorschlag zum EU-Haushalt für die Jahre 2021-2027.

In der Diskussion wurden die Vorschläge zum EU-Haushalt und zum Wiederaufbauplan der EU-Kommission allgemein begrüßt und schnelle Fortschritte gefordert, um spürbare Verbesserungen bei der Krisen- und Folgenbewältigung für die Bürger/innen der EU zu bewirken. Verbesserungsbedarf bestehe im Hinblick auf die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und die Belastbarkeit der Lieferketten für Wirtschaftsgüter und Medizinprodukte.

Am zweiten Tag des Plenums fanden weitere Aussprachen zur Rolle des European Green Deal beim Wiederaufbau der Regionen Europas sowie zu den Auswirkungen des demografischen Wandels mit Dubravka Suica, Vizepräsidentin der EU-Kommission mit Zuständigkeit für Demokratie und Demografie, statt. Suica wies zunächst auf den am 17. Juni erschienenen ersten Bericht der EU-Kommission zum demografischen Wandel hin, der sowohl die bedeutenden Herausforderungen Europas als auch bereits bestehende Maßnahmen vergleiche. Die hier gewonnenen Erkenntnisse würden den Querschnittscharakter dieser Themen unterstreichen, da die einschlägigen gesellschaftlichen Entwicklungstrends bedeutende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, Gesundheits-, Bildungs- und Pflegeleistungen sowie auf öffentliche Haushalte haben. Hierzu bedürfe es generationengerechter und insbesondere bürgernaher Lösungen.

In der Diskussion unterstrichen zahlreiche Abgeordnete die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels auf ihre Regionen und plädierten für zielorientierte Investitionen, eine verstärkte Problemlösung vor Ort sowie eine verbesserte Datenerhebung und -verwaltung. Insbesondere der ländliche Raum werde im Zuge dieser Trends abgehängt und bedürfe besonderer Aufmerksamkeit.

Am dritten Tag des Plenums fanden abschließend eine Debatte zum zukünftigen EU-Haushalt mit dem zuständigen Kommissar Johannes Hahn und eine Aussprache mit den Binnenmarktkommissar Thierry Breton zu den wirtschaftlichen Aspekten des Wiederaufbaus in Folge der Corona-Pandemie statt. Hahn unterstrich, dass eine flexible und differenzierte

Vorgehensweise notwendig sei, um auf die unterschiedliche Betroffenheit der EU-Mitgliedstaaten Rücksicht zu nehmen. Aufgrund der damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme bedürfe es enormer Investitionen, um insbesondere für einen an nachhaltigen und digitalen Zielen orientierten Aufschwung zu sorgen und die Wiederstandfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen. Breton äußerte sich ähnlich und betonte zudem die Bedeutung der Förderung der Industrie, die nicht zuletzt unter den Grenzschließungen im Binnenmarkt gelitten habe. Man wolle zukünftig das Augenmerk verstärkt auf die in regionalen Innovationssystemen stattfindende Zusammenarbeit zwischen der Industrie und weiteren Akteuren legen, um deren Lieferketten und Innovationskraft weiter zu stärken.

In der Diskussion wurde von einigen Abgeordneten die Bedeutung fairer, transparenter Verteilungskriterien für die EU-Mittel und eine rasche Einigung auf EU-Ebene unterstrichen. Es sei eine flexible Verwendung unter Berücksichtigung regionaler Prioritäten notwendig, um auf Probleme vor Ort reagieren zu können und gezielte Zukunftsinvestitionen u.a. im Bereich der Bildung, Digitalisierung, der Nachhaltigkeit und der Gesundheit tätigen zu können.

Insgesamt standen 8 Stellungnahmen und 3 Entschließungen u.a. zum Freihandel, zum EU-Aktionsprogramm zur Förderung des Wasserstoffs, zum Europäischen Klimagesetz und zum EU-Fonds für einen gerechten Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene auf der Tagesordnung. Alle Dokumente wurden per elektronischer Abstimmung mehrheitlich verabschiedet. • *df Quelle: AdR*

Aus den Fachbereichen

Zurück zur Übersicht

Grüner Deal: EU-Kommission legt Strategien zur Integration des Energiesystems und zu Wasserstoff vor

Am 8. Juli hat die EU-Kommission mit ihren Mitteilungen zur Integration des Energiesystems und zu Wasserstoff zwei Strategiepapiere vorgelegt, mit denen sie die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 anstrebt. Beide sind elementare Bausteine des Europäischen Grünen Deals und des Post-Corona-Wiederaufbauprogramms NextGenerationEU.
Die Mitteilung zur Integration des Energiesystems baut auf drei Hauptpfeilern: 1. ein zirkuläres Energiesystem, in dessen Zentrum die Energieeffizienz steht; 2. eine stärkere Elektrifizierung im Endverbrauch (z.B. Elektroautos, Elektroöfen) und 3. Förderung sauberer Kraftstoffe.
Mit ihrer Wasserstoffstrategie will die EU-Kommission sicherstellen, dass die EU den Energieträger nicht nur sinnvoll einsetzt, sondern er zugleich zum Wachstumsmotor werden kann. Er soll dabei als Einsatzstoff, Brennstoff oder Energieträger und -speicher mit zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten in der Industrie, im Verkehr, im Energie- und im Gebäudesektor genutzt werden. Die EU-Kommission setzt mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 vor allem auf erneuerbarem Wasserstoff, der hauptsächlich mithilfe von Wind- und Sonnenenergie erzeugt wird. Sie erkennt in einer Übergangsphase auch andere CO2-arme Verfahren zur Erzeugung von Wasserstoff, beispielsweise unter Einsatz von CO2-Abscheidung und –Speicherung, an. Der schrittweise Übergang erfordert laut EU-Kommission einen stufenweisen Ansatz:

- Von 2020 bis 2024 wird die EU die Installation von für die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff bestimmten Elektrolyseuren mit einer Elektrolyseleistung von mindestens 6 Gigawatt und die Erzeugung von bis zu 1 Million Tonnen erneuerbarem Wasserstoff unterstützen.
- Von 2025 bis 2030 soll Wasserstoff zu einem wesentlichen Bestandteil unseres integrierten Energiesystems werden, indem für die Erzeugung von erneuerbaren Wasserstoff bestimmte Elektrolyseure mit einer Elektrolyseleistung von mindestens 40 Gigawatt installiert und bis zu 10 Millionen Tonnen erneuerbarer Wasserstoff erzeugt werden.
- Von 2030 bis 2050 sollten die Technologien für erneuerbaren Wasserstoff ausgereift sein und in großem Maßstab in allen Sektoren, in denen die Dekarbonisierung schwierig ist, eingesetzt werden.

Um die Umsetzung dieser Strategie zu unterstützen, ruft die Kommission außerdem die Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff ins Leben, an der führende Vertreter der Industrie, die Zivilgesellschaft, Minister der nationalen und regionalen Ebene und die Europäische Investitionsbank beteiligt sind. Die Allianz wird eine Investitionspipeline für den Ausbau der Erzeugung aufbauen und die Nachfrage nach sauberem Wasserstoff in der EU fördern. • *dw Quelle: KOM*
Weitere Informationen finden Sie hier.

Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Noch tiefere und uneinheitlichere Rezession

Die EU-Wirtschaft wird in diesem Jahr aufgrund der Coronavirus-Pandemie trotz der raschen und umfassenden politischen Reaktion sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene eine tiefe Rezession durchmachen. Da die Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Pandemie langsamer gelockert werden als in unserer Frühjahrsprognose angenommen, werden die Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2020 stärker sein als erwartet.

© Europäische Kommission

In der Sommerprognose 2020 wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets 2020 um 8,7 % schrumpfen und 2021 dann um 6,1 % wachsen wird. Die Wirtschaft der EU insgesamt dürfte 2020 um 8,3 % schrumpfen und 2021 um 5,8 % wachsen. Der für 2020 prognostizierte Abschwung könnte also deutlich ausgeprägter sein als noch im Frühjahr vorhergesehen: Damals lagen die Prognosen bei minus 7,7 % für das Euro-Währungsgebiet und minus 7,4 % für die EU insgesamt. Gleiches gilt für die Erholung im kommenden Jahr, die der Sommerprognose zufolge etwas schwächer ausfallen dürfte als im Frühjahr angenommen.
Erste Daten für Mai und Juni deuten jedoch darauf hin, dass das Schlimmste überstanden sein könnte. Es wird erwartet, dass die Erholung in der zweiten Jahreshälfte an Schwung gewinnt, aber unvollständig bleibt, und dass sich die Lage in den Mitgliedstaaten uneinheitlich darstellt. • *fs Quelle PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung der Kommission
Wirtschaftsprognose Sommer 2020

Binnenmarktanzeiger 2020: Deutschland auf Platz drei bei anhängigen Vertragsverletzungsverfahren

Deutschland macht Fortschritte bei der fristgerechten Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien, hat aber einige Schwierigkeiten bei ihrer korrekten Umsetzung. Aus dem am 3. Juli veröffentlichen jährlichen Binnenmarktanzeiger geht hervor, dass Deutschland der Mitgliedstaat mit der dritthöchsten Zahl anhängiger Vertragsverletzungsverfahren im Binnenmarkt ist. Gegen Deutschland sind 47 Vertragsverletzungsverfahren anhängig, elf neue Fälle im Vergleich zum Vorjahresbericht. Aufgrund der begrenzten Nutzung des EU-

Pilotinstruments ist in den meisten Mitgliedstaaten die Zahl der gegen sie anhängigen Vertragsverletzungsverfahren angestiegen. Der „EU-Pilot" ist eine Online-Plattform zur Klärung von Problemen bei der ordnungsgemäßen Anwendung des EU-Rechts.

Deutschland hat 21 der 23 binnenmarktbezogenen Richtlinien (91 Prozent) umgesetzt, die in den sechs Monaten vor dem Stichtag für die Berechnung (1. Juni - 30. November 2019) umgesetzt werden mussten. Sechs Richtlinien sind überfällig (letzter Bericht: 11). Eine Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter öffentlicher und privater Projekte (Richtlinie 2014/52/EU) ist mehr als 2 Jahre überfällig. Die durchschnittliche Verzögerung bei der Umsetzung beträgt 13,8 Monate (letzter Bericht: 7,1 Monate). Das ist eine deutliche Zunahme um 6,7 Monate, die Verzögerung liegt nun deutlich über dem EU-Durchschnitt von 11,5 Monaten.

Die Ergebnisse des diesjährigen Anzeigers, der als Online-Tool zur Verfügung steht, machen deutlich, wie wichtig es ist, Umsetzung und Durchsetzung erneut in den Mittelpunkt zu stellen. Damit der Binnenmarkt voll funktionsfähig ist, bedarf es vor allem einer Partnerschaft zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten. Die neu geschaffene Taskforce für den Binnenmarkt wird eines der zentralen Instrumente sein, um einen solchen auf der Kooperation zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten beruhenden Ansatz zu fördern.

Bei den Ländern, die im Jahr 2019 am besten abgeschnitten hatten, handelte es sich um Lettland, Zypern, Dänemark, Estland, Finnland und die Slowakei, während in Spanien, Italien, Frankreich und Österreich die geringsten Verbesserungen zu verzeichnen waren. • *fs Quelle PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung der Kommission
Binnenmarktanzeiger
Factsheets zu den einzelnen Ländern
Leistungsdaten im Überblick

Neue Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste

Mit am 2. Juli angenommenen Leitlinien will die EU-Kommission die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der neuen Regeln über audiovisuelle Mediendienste unterstützen. „Die überarbeiteten Vorschriften für den audiovisuellen Bereich sind ein Werkzeug zum Schutz der Nutzer vor schädlichen Inhalten. Außerdem werden sie europäische Unternehmen sowie Film- und andere Medienprojekte in die Lage versetzen, europäische Inhalte zu schaffen und bekannt zu machen, damit die Verbraucher eine größere kulturelle Vielfalt und eine vielfältigere Auswahl aus Produkten und Diensten erhalten", so Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager. Die überarbeitete Richtlinie muss bis zum 19. September in nationales Recht umgesetzt werden.

Die Leitlinien sind Teil der breiter angelegten Arbeiten der Kommission zur Klarstellung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in Bezug auf soziale Medien und Online-Plattformen und ergänzen das anstehende Legislativpaket über digitale Dienste, zu dem derzeit eine öffentliche Konsultation läuft.
Obwohl die Leitlinien nicht rechtlich bindend sind, wird davon ausgegangen, dass sie zu einer harmonisierten Umsetzung und Anwendung der Richtlinie beitragen werden. Die Kommission legt darin dar, wie ihrer Ansicht nach bestimmte Begriffe angewandt werden sollten, um eine einheitliche Umsetzung der Medienvorschriften in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten.
Die Kommission hat heute zwei Gruppen von Leitlinien angenommen: Leitlinien in Bezug auf europäische Werke und Leitlinien in Bezug auf Video-Sharing-Plattformen.
• *ah Quelle PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung der Kommission
Überarbeitete Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste und Leitlinien
Fragen und Antworten

Was, wann, wo

Zurück zur Übersicht

Kulturprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft

Das Kulturprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft ist im Jubiläumsjahr zum 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens vor allem dem weltberühmten Komponisten und großen Europäer gewidmet. So gab es am 6. Juli ein Festkonzert zur Übergabe der EU-Ratspräsidentschaft von Kroatien an Deutschland. Dieses Konzert ist als Video on demand auf br-klassik.de/concert abrufbar.

Das Centre for Fine Arts (BOZAR) in Brüssel nimmt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und das Beethovenjahr zum Anlass für eine große Ausstellung: HOTEL BEETHOVEN. Die Ausstellung HOTEL BEETHOVEN geht der Frage nach, was der Komponist der Europa-Hymne, sein Werk und seine Ideen heute, 250 Jahre nach seiner Geburt, für uns bedeuteten. Zum Abschluss der deutschen EU-Ratspräsidentschaft spielen das West-Eastern Divan Orchestra und der Europäischen Jugendchor unter der Leitung von Daniel Barenboim Beethovens neunte Symphonie. Das Konzert findet am 18. Dezember 2020 im BOZAR in Brüssel statt.

Das Goethe Institut startete als Teil des Kulturprogramms 5 europaweite Projekte, die sich der Vielfalt Europas widmen:
In der „Europaküche" wird die Küche zu einer Plattform für einen kulturellen und europaweiten Dialog über Grenzen hinweg. Bei dem digitalen Jugendwettbewerb #oekoropa werden Jugendliche aus allen EU-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, ihre Ideen für eine klimaneutrale Reise durch Europa einzureichen. Generation A=Algorithmus geht in interaktiven Formaten der Frage nach, wie Künstliche Intelligenz unsere Gesellschaften aktuell und zukünftig verändert. Die Veranstaltungsreihe „Erzähle mir von Europa" stößt einen generationsübergreifenden Austausch über die europäische Idee an. Bei der „Verschwindenden Wand" wird die Vielfalt Europas durch eine partizipative Installation im öffentlichen Raum erlebbar.

Neben den fünf zentralen EU 2020 Projekten ist das Goethe-Institut auch an dem partizipativen Kunstwerk „Earth Speaker" von Olafur Eliasson beteiligt, das der in Berlin lebende Künstler im Rahmen des Kulturprogramms zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft umsetzt. Das Goethe-Institut unterstützt das Studio Olafur Eliasson bei der Realisierung des Projekts in allen 27 EU-Ländern und Großbritannien, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen. *ah Quelle: Goethe-Institut*

Weitere Informationen:
EU 2020: Das Goethe-Institut für Europa
Pressemitteilung Goethe-Institut
Kulturprogramm der Bundesregierung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Neues Europass-Portal: Mehr Funktionen und neuer Look

© Europäische Kommission

Ob Studium oder Ausbildung, Einstieg ins Berufsleben oder die Suche nach neuen Herausforderungen, Europapass ist schon seit geraumer Zeit eine beliebte Plattform, welche Informationen über Jobs und Lernangebote in ganz Europa bereitstellt.

Am 1. Juli wurde die komplett überarbeitete Europass-Plattform freigeschaltet und bietet nun Online-Tools und Anleitungen zum Verfassen von Lebensläufen, schlägt maßgeschneiderte Jobs und Lernmöglichkeiten vor, bietet Informationen für Arbeitssuchende und ist in 29 Sprachen verfügbar.

Im Mittelpunkt steht nicht nur das moderne Design, sondern die Funktion ein persönliches e-Portfolio einrichten zu können. Damit können Nutzer/innen ihre persönlichen Fähigkeiten, Qualifikationen und Erfahrungen dokumentieren, Zeugnisse und Zertifikate speichern sowie persönliche Ziele definieren und für Bewerbungsprozesse kann das eigene Profil befristet auch mit ausgewählten Arbeitgebern geteilt werden.
Zusätzlich wurde der Lebenslauf-Editor erweitert und ein Bewerbungstracker, mit dem bestehende Bewerbungen bearbeitet werden können, eingeführt.
Hinzu kommen Tools für Weiterentwicklung, Jobsuche und Bewerbung sowie Informationen zu zentralen Fragestellungen rund um Bildung und Beruf in Europa. • *fs Quelle EUROPASS*

Weitere Informationen finden Sie hier.

Konsultation: Kommission befragt die Öffentlichkeit zu EU-Regeln zur Cybersicherheit und startet „Women4Cyber“

Die Europäische Kommission hat am 7. Juli eine öffentliche Konsultation zur Richtlinie über die Sicherheit von Netz- und Informationssystemen (NIS-Richtlinie) eingeleitet. Seit die aktuelle Richtlinie 2016 in Kraft getreten ist, haben sich die Cyber-Bedrohungen verändert. Die Kommission reagiert auf diese Veränderungen und setzt die Überarbeitung der NIS-Richtlinie mit einer öffentlichen Konsultation in Gang. Ziel ist es, Meinungen zu Umsetzung und möglichen Änderungen der NIS-Richtlinie zu sammeln. Die Kommission unterstützt auch die wachsende Nachfrage nach Fachkräften in der Cybersicherheit. Mit der ebenfalls heute vorgestellten Women4Cyber-Initiative der Europäischen Organisation für Computer- und Netzsicherheit (ECSO) wird ein Online-Register für Expertinnen in der Cybersicherheit eingerichtet, dass Expertengruppen, Unternehmen und politische Entscheidungsträger mit Expertinnen in diesem Bereich in Verbindung bringen soll. • *fs Quelle PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung der Kommission
Maßnahmen der EU zur Stärkung der Kapazitäten im Bereich der Cybersicherheit
Fragen & Antworten zur Cybersicherheit
Arbeit der NIS-Kooperationsgruppe
Women4Cyber-Initiative

Ausschreibungen

Zurück zur Übersicht

„Get out“ - Jetzt Kurzfilme zum 26. Jugendvideopreis Sachsen-Anhalt einreichen.

© Jugendvideopreis Sachsen-Anhalt/ Landesverband Offene Kanäle Sachsen-Anhalt e.V.

Junge Filmemacher/innen aus Sachsen-Anhalt sind auch in diesem Jahr wieder aufgerufen, ihr Talent beim größten Jugendkurzfilmwettbewerb Sachsen-Anhalts unter Beweis zu stellen. Von Spiel- über Animationsfilm bis hin zu Dokumentation, Musikvideo oder Filmexperiment – der Jugendvideopreis Sachsen-Anhalt gibt jungen Filmtalenten eine Bühne, um ihre Werke zu präsentieren. Egal, ob mit Smartphone, Tablet oder Videokamera gedreht – im Vordergrund des Wettbewerbs stehen die Geschichten der Filme, die in vier Kategorien eingereicht werden können:

- „ABC-Teams“ für Videos, die im Rahmen eines medienpädagogischen Projekts entstanden sind,
- „Newcomer“ für Filmemacher/innen, die gerade an ihren ersten Projekten arbeiten,
- „Masterclass“ für alle, die sich bereits bestens mit Regie, Kamera, Ton und Schnitt auskennen.
- Sonderpreis „Europa – hier und jetzt“: Erstmalig werden im Rahmen des Jugendvideopreises von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt Preisgelder in Höhe von 800,00 Euro für Beiträge vergeben, die sich mit dem Thema Europa und europäischen Bezügen in Sachsen-Anhalt sowie im Leben der Bürger/innen im Land auseinandersetzen. Um Interessierte inhaltlich auf die Produktion von Beiträgen für den Sonderpreis vorzubereiten, wird zudem ein europapolitischer Workshop angeboten.

Einsendeschluss ist der 9. November. Aus allen Einsendungen werden die besten Filme ausgewählt und für die Veranstaltung am 22. November im Schauspielhaus Magdeburg nominiert. Dort laufen die Filme auf großer Leinwand und haben Chancen auf Preisgelder von insgesamt 3.300,00 Euro. Zusätzlich gibt es von einer fachkundigen Jury aus den Bereichen Regie, Kamera, Produktion, Drehbuch und Medienpädagogik hilfreiche Tipps und Hinweise zur Filmproduktion.
Der Jugendvideopreis Sachsen-Anhalt wurde 1994 erstmals vergeben und wird in diesem Jahr unterstützt von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, der Medienanstalt Sachsen-Anhalt, von der Landeszentrale für politische Bildung, der Lotto-Toto-GmbH Sachsen-Anhalt und dem Theater Magdeburg. Veranstalter ist der Landesverband Offene Kanäle Sachsen-Anhalt e.V. • *Gastartikel*

Anmeldebogen und weitere Informationen: www.jugend-video-preis.de

Der Offene Kanal Magdeburg e.V. sucht insgesamt 15 filminteressierte junge Menschen aus Magdeburg und Sachsen-Anhalt mit und ohne deutschen Pass.

© OFFENER KANAL MAGDEBURG

"FilmArt for social transformation" – unter diesem Motto laden das FILMFORUM in Polen, der OFFENE KANAL Magdeburg e.V. in Deutschland, das LABORATORIO DEI SOGNI (Labor der Träume) in Italien und die KINOGRAPHE Association in Frankreich insgesamt 60 junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren vom 9. August bis zum 15. August zu einer europäischen Filmwerkstatt nach Radom in Polen ein.

Unter Leitung professioneller Filmmacher/innen beschäftigen sich die Teilnehmer/innen eine Woche lang mit "social advertising", d.h. Spots bzw. Kurzfilme, die sich stark machen für Projekte, Initiativen, Ideen, die die Welt besser machen und Ausdruck eines gemeinsamen jungen Europas sind. Dabei geht es um alle Aspekte der Filmerstellung: von der Idee über die Recherche, die Dramaturgie, die Dreharbeiten bis zur Postproduktion- erfahrene Filmemacher/innen begleiten die Teilnehmer/innen und geben ihr Wissen weiter.

Den Abschluss bildet die Aufführung der entstandenen Spots in einem Kino in Radom. Filmische Vorerfahrung und eigenes technisches Equipment sind nicht erforderlich. Fahrtkosten und Teilnahme an der Filmwerkstatt sind kostenfrei.

Veranstaltet wird die Filmwerkstatt von der polnischen Organisation "FILMFORUM", die in den vergangenen 15 Jahren nicht nur zahlreiche europäische bzw. internationale (Film)Begegnungen initiiert hat sondern fortlaufend auch Wokshops, Ateliers, Fortbildungen, Seminare und Projekte im Bereich Spiel- und Dokumentarfilm, Reportage, Stop-motion Animationen, 360 Grad Film, Videoessay etc. anbietet.

Das Filmforum ist ein Netzwerk, in dem neben sämtlichen polnischen Filmhochschulen auch Filmproduktionen- und Verleiher sowie weitere kulturelle Institutionen Mitglieder sind. (Mehr Infos finden Sie hier.
Das Projekt "FilmArt for social transformation" wird finanziert durch ERASMUS+, Förderprogramm der Europäischen Union. • *fs Quelle: ok-Magdeburg vom 6. Juli*

Anmeldungen nimmt der Offene Kanal in Magdeburg entgegen.
Gerne beantworten wir auch weitere Fragen.
wiengarn@ok-magdeburg.de 0391-7391327

Kommission investiert 1 Mrd. EUR in innovative Projekte für saubere Technologien

Die Kommission veröffentlichte am 3. Juli die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Innovationsfonds. Der Fonds ist eines der weltweit größten Demonstrationsprogramme für innovative CO2-arme Technik. Er speist sich aus Einnahmen der Versteigerung von Emissionszertifikaten im Rahmen des Emissionshandelssystems der EU.

Aus dem Innovationsfonds werden bahnbrechende Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien, energieintensive Industriezweige, Energiespeicherung sowie Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung gefördert.
Der Fond wird den grünen Aufschwung anstoßen, indem zukunftssichere Arbeitsplätze auf lokaler Ebene geschaffen werden, der Weg für Klimaneutralität geebnet wird und die technologische Führungsrolle Europas in der Welt gestärkt wird.

- Für den Zeitraum 2020–2030 werden durch den Innovationsfonds rund 10 Mrd. EUR aus der Versteigerung von Zertifikaten im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems bereitgestellt.
- Im Zuge der ersten Aufforderung werden Finanzhilfen in Höhe von 1 Mrd. EUR für Großvorhaben im Bereich der sauberen Technologien vergeben.
- Für vielversprechende Projekte, die noch nicht marktreif sind, werden separate Mittel von 8 Mio. EUR für die Unterstützung der Projektentwicklung reserviert.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen steht offen für Projekte in förderfähigen Sektoren aus allen EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen. Die Mittel können in Verbindung mit anderen öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten wie staatlichen Beihilfen oder anderen EU-Förderprogrammen verwendet werden. Die Projekte werden anhand ihres Potenzials zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen, ihres Innovationspotenzials, ihrer finanziellen und technischen Reife sowie ihres Expansionspotenzials und ihrer Kosteneffizienz bewertet.
Die Antragsfrist endet am 29. Oktober 2020. Projektvorschläge können über das EU-Finanzierungs- und Ausschreibungsportal eingereicht werden, wo auch weitere Einzelheiten zum allgemeinen Verfahren erläutert werden. • *fs Quelle PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie hier.

Kontaktbörse

Zurück zur Übersicht

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank Link

Gesuch Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
Forschungsgesuch Eurostars Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: erichson@magdeburg.ihk.de	**Partner für die Entwicklung eines Luftreinigungsreaktors mit nicht-thermischem Plasma (NTP) gesucht** Ein niederländisches Unternehmen möchte seine nicht-thermische Plasmatechnologie (NTP) weiterentwickeln, die nachweislich die Emissionen polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoffe (PAC) aus der petrochemischen Industrie stark reduziert. Das Unternehmen möchte einen Eurostars-Antrag einreichen und sucht eine Forschungszusammenarbeit mit einem Cleantech- und Petrochemieunternehmen, das sich auf die Entwicklung der Technologie und ihre Integration in die Produktionsprozesse konzentriert. Der Partner sollte ein KMU mit Fachkenntnissen in der Prozesstechnologie und im Engineering in der petrochemischen Industrie sein. Nähere Informationen finden Sie hier. Referenznummer: RDNL20200416001
Technologiegesuch Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148	**Wasser- und/oder Luftfilterpatronen für die Entfernung von Umweltschadstoffen gesucht** Ein innovatives italienisches Start-up-Unternehmen hat Hybridmaterialien für die Absorption von Umweltschadstoffen und

	E-Mail: erichson@magdeburg.ihk.de	auch für die Induktion der biologischen Abbaubarkeit von ins Meer ausgetretenen Kohlenwasserstoffschadstoffen patentiert. Das Unternehmen sucht nach Lieferanten von Luft- und/oder Frisch-/Salzwasserfiltern, die mit diesen innovativen Absorptionsmaterialien gefüllt werden sollen, so dass nur die leeren Filterpatronen benötigt werden. Die Lieferanten sollen die Filter gemäß den erforderlichen Spezifikationen liefern und sie gegebenenfalls an die Anforderungen des antragstellenden Unternehmens anpassen können. Ziel ist eine kommerzielle Vereinbarung mit technischer Unterstützung. Nähere Informationen finden Sie hier. Referenznummer: TRIT20200624001
Geschäftliches Gesuch Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: erichson@magdeburg.ihk.de	**Fertigungspartner für eine Schuhputzmaschine gesucht** Ein spanisches KMU hat eine neue, leicht zu bedienende Schuhreinigungsmaschine (SCM) für den Haushalt entwickelt, die neben dem Polieren auch die Lagerung, Desinfektion und Desinfektion der Schuhe übernimmt. Die Firma sucht einen zuverlässigen und erfahrenen Partner, der in der Lage ist, die Schuhreinigungsmaschine herzustellen. Obwohl auch Teile aus anderen Materialien benötigt werden, sollte der Hersteller Erfahrung mit Kunststoffbehandlungsverfahren haben. Die Schuhputzmaschine sollte gemäß der technischen Beschreibung der spanischen Designfirma hergestellt werden. Nähere Informationen finden Sie hier. Referenznummer: BRES20200608002

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de

Büro intern / Tipp

Zurück zur Übersicht

Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle

Jede Woche finden Sie an dieser Stelle ein Quiz zu aktuellen europäischen Themen. Erproben Sie ihr Europa-Wissen und erfahren Sie mehr! Verantwortlich für die wöchentlich neuen spannenden und teils kuriosen Fragen sind GOEUROPE! sowie das EDIC Halle:

GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt (www.goeurope-lsa.de).

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Sachsen-Anhalt/Halle (EDIC Halle) ist Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt bei Fragen zur EU und organisiert darüber hinaus verschiedene thematische Veranstaltungen (www.europedirect-halle.de).

Und nun viel Spaß beim Lösen der Quizfragen dieser Woche!

Besonders in der anstehenden Ferien- und Urlaubssaison werden deutsche Autofahrer/innen auch außerhalb der Bundesrepublik unterwegs sein. Aber welche Regeln und Beschränkungen gelten eigentlich auf Straßen und Autobahnen im europäischen Ausland? Das erfahren Sie im Quiz dieser Woche.

1. In Deutschland gilt wie in den meisten EU-Staaten der Rechtsverkehr. Doch auch innerhalb der EU müssen Verkehrsteilnehmer/innen in wenigen Ländern den linken Fahrstreifen nutzen. In wie vielen EU-Mitgliedsstaaten herrscht Linksverkehr?
   - A) drei
   - B) vier
   - C) fünf

2. Autofahren in Verbindung mit Alkohol sollte in jedem Fall vermieden werden. Dennoch ist in den meisten Ländern ein gewisser Alkoholpegel während des Fahrens erlaubt. In welchem Mitgliedsstaat der Europäischen Union ist die zulässige Promillegrenze während des Autofahrens am höchsten?
   - A) Schweden
   - B) Ungarn
   - C) Malta

3. Dass auf deutschen Autobahnen streckenweise keine Geschwindigkeitsbeschränkungen vorliegen, ist den meisten bekannt. In einigen Ländern wie Italien oder Kroatien gelten jedoch neben den allgemeinen Tempolimits noch weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen für bestimmte Personengruppen. Für wen gelten diese?
   - A) für Fahranfänger/innen
   - B) für SeniorInnen ab 65 Jahren, die nachweislich eine verlangsamte Reaktionszeit haben
   - C) für „RaserInnen", die im Voraus wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung erwischt wurden

Lösung:

1. A) Das wohl bekannteste Land für den Linkverkehr in Europa ist der Ex-Mitgliedsstaat Großbritannien. Aber auch in den folgenden drei der aktuell 27 EU-Staaten muss auf der linken Seite gefahren werden: in Irland, Malta und Zypern. Wer sich in diesen Ländern für einen rechtslenkenden Mietwagen entscheidet, muss auf einige Besonderheiten achten. Beispielsweise muss mit der linken Hand geschalten werden und die Hebel für Scheibenwischer und Blinker befinden sich auf der jeweils anderen Seite. Die Pedale für Kupplung, Gas und Bremse sind jedoch in der gewohnten Reihenfolge angeordnet.

2. C) In Deutschland gilt wie in den meisten europäischen Ländern ein Grenzwert von 0,5‰ während des Autofahrens. Ausnahmen in Deutschland sind Jugendliche bis 21 Jahre sowie Fahranfänger/innen in der Probezeit – hier besteht absolutes Alkoholverbot. Sowohl in Malta als auch im ehemaligen Mitgliedstaat Großbritannien (ohne Schottland) liegt die Alkoholgrenze mit 0,8‰ im EU-Vergleich am höchsten. In Ungarn, Tschechien sowie der Slowakei sind die Regelungen dahingegen am strengsten – es gilt die 0,0 Promillegrenze. Auch die Strafen für Verstöße gegen die Grenzen unterscheiden sich von Land zu Land und reichen von Geldstrafen über Fahrverbote bis hin zu Freiheitsstrafen.

3. A) In einigen EU-Mitgliedsstaaten gelten für Fahranfänger/innen nicht nur im Hinblick auf die zulässigen Promillegrenzen, sondern auch für Tempolimits Sonderregelungen. So dürfen beispielsweise AutofahrerInnen in Frankreich in den ersten drei Jahren nach Erwerb des Führerscheins auf Autobahnen nur 110 km/h statt den eigentlich zugelassenen 130km/h fahren. In Kroatien richtet sich diese Regelung dahingegen nach dem Alter des Fahrers / der Fahrerin – auf Autobahnen müssen unter 24-Jährige 10km/h langsamer fahren, als ältere Verkehrsteilnehmer/innen.

Wenn Sie Fragen zu weiteren Regelungen und Beschränkungen in der Europäischen Union haben, hilft Ihnen das Team des Europe Direct Informationszentrums Sachsen-Anhalt / Halle gern weiter. Kontaktieren Sie uns einfach unter info@europedirect-halle.de

Ihr Kontakt zu uns

Zurück zur Übersicht

Unsere Anschrift	Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union 80, Boulevard Saint Michel B – 1040 Brüssel Belgien
E-Mail-Adresse	sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de
Telefon (Sekretariat)	+32 2 741 09 31
Telefon (direkt)	+32 2 741 09 – Durchwahl
Fax	+32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen	☎	✉
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Florentine Stäuber (FS)	ÖA, Veranstaltungen, Besuchergruppen	...32	E-Mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat	...31	E-Mail

Zurück zur Übersicht

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

Impressum

Herausgeber
Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin
Florentine Stäuber

Fotos
Florentine Stäuber, sofern nicht anders angegeben oder Quelle: Internet

Layout
Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.
Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.